



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

E.: Aus Bayern.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

zug des obengenannten großen und erschöpfenden Werkes, eine genaue Beschreibung (unter öfterer Hinweisung auf Passavants Peintre-graveur) sämtlicher 533 Nummern enthält. Die Nummern des Catalogs stimmen mit jenen des großen Werkes überein.

Wöchte diese höchst werthvolle Sammlung von Denkmälern älterer deutscher Cultur dem deutschen Vaterlande doch für immer erhalten bleiben! — Ihr würdigster Platz wäre ohne Zweifel im germanischen Museum zu Nürnberg.

R. Bergau.

## Aus Bayern.

Die großen und principiellen Kämpfe, ohne die es in der bayrischen Kammer nicht abgeht, hatten eigentlich ihren Abschluß gefunden, nachdem die Beschwerde des Bischofs von Augsburg und der sogenannte Initiativantrag erledigt war. In beiden unterlagen bekanntlich die Clerikalen und so konnte es nicht ausbleiben, daß dadurch auch die Machtverhältnisse der Parteien einigermassen berührt wurden. Die Stimmen auf der rechten Seite, welche den Muth besaßen in jener principiellen Frage eigener Meinung zu sein und „die Treulosigkeit“ begangen hatten, dieser Meinung sogar durch ihr Votum Ausdruck zu geben, waren damit von der Gemeinschaft ihrer schwarzen Genossen abgelöst. Zwischen ihnen und jenen war das Tafeltuch zerschnitten und die nationale Partei konnte darauf zählen, daß sie in Fällen von ähnlicher Beschaffenheit die Mithilfe jener Stimmen finden werde. Die Majorität, die bislang in den Händen der Rechten gelegen war, brach damit zusammen und wenn auch der Wille der Nationalen damit noch nicht die Oberherrschaft erlangt hatte, so stand doch so viel fest, daß gegen den Willen der Nationalen kein Bescheid mehr zu erzielen war. Denn im schlimmsten Falle bestand Stimmengleichheit (77 : 77).

Mit diesem Ergebnis endete der erste sturm bewegte Theil der Session. Es war unvermeidlich, daß im zweiten nunmehr eine gewisse ruhigere geschäftsmäßige Behandlung sich wahrnehmen ließ, dem heftigen Ausbruch der Gegensätze mußte eine gewisse Erschöpfung folgen und der Genugthuung, daß jeder das, was er eigentlich auf dem Herzen trug, geäußert hatte, schloß sich das Pflichtgefühl an, daß nun die trockenen mehr administrativen Arbeiten des Hauses nicht länger verschoben werden dürften. Und in der That, es war hiefür die höchste Zeit.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich von vornherein das Gepräge, welches Grenzboten II. 1872.

die Sitzungen des Hauses von nun ab trugen. Eine Reihe von Regierungsvorlagen war eingebracht, von denen einige den Zweck hatten, die Conformität zwischen Bayern und dem Reiche zu ergänzen, während andre wesentlich der volkswirtschaftlichen Entwicklung gelten. Dahin gehören heispielshalber die zahlreichen Bahnbauten, die berathen wurden. Viel Zeit nahmen die Rechnungsnachweise der vorvergangenen Finanzperiode hinweg und endlich fehlte es nicht an internen Angelegenheiten und Sorgen, denen die Einzeltage mit Recht die allergrößte Theilnahme zuwenden sollen.

Den eigentlichen Mittelpunkt der Arbeit aber bildete das Budget der XI. Finanzperiode. Es liegt dem Zwecke dieser Zeilen fern, den Bedarf der einzelnen Ressorts und die ziffermäßigen Daten aus dem bairischen Haushalt hervorzuheben, nur einzelnes, das entweder stofflich oder durch die Art der Verhandlung besonderes Interesse bietet, sei hier betont. Zuerst kam der Justizetat an die Reihe. Schon hier tauchte eine Frage auf, die immer mächtiger und dringender seit Jahren wurde und das war die Erhöhung der Beamtengehälte. Die Regierung selbst trat mit dieser Ueberzeugung hervor und der Standpunkt, welchen die Kammer einnahm, war der, daß sie zwar eine Erhöhung der Besoldung guthieß, allein anderseits das Bestreben zeigte, diesen Mehrbedarf durch eine Minderung der Stellen auszugleichen. Man hatte davon abgesehen, die Frage als ein gesondertes Gesetz zu behandeln, sondern man zog es vor, bei dem Budget eines jeden einzelnen Ressorts die Steigerung zu sanctioniren, und dann erst schließlich im Finanzgesetze festzustellen, ob die Erhöhung einen pragmatischen Charakter oder nur den einer Theuerungszulage gewinnen sollte.

Zum Referenten hatte der Finanzausschuß in der Regel ein Mitglied der Rechten ernannt und die entschiedene Taktik, die man auf dieser Seite des Hauses verfolgte, ging dahin, das Beamtenwesen radical zu vermindern. Die Regierung machte dabei alle nur erdenklichen Zugeständnisse, aber im Ganzen mußte sie doch meistens den Wünschen des Ausschusses beschränkend gegenüberreten. Am schärfsten ging man den höheren Stellen zu Leibe. Wie zum Justizetat die Forderung gestellt worden war, daß die Appellgerichte vermindert und die Stellen im Ministerium beschränkt werden sollten, so wurde dem Minister des Innern das Ersuchen gestellt, die Stellen der Regierungsdirectoren gänzlich zu beseitigen (die nach dem bairischen Organismus ein Mittelglied zwischen dem Präsidium und dem Collegium bilden), desgleichen ward beantragt, die kleineren Bezirke unter den äußeren Aemtern zusammenzulegen. Das Postulat für die Regierungspresse (20,000 Thlr.) ward gänzlich abgelehnt, obwohl Herr von Pfeufer und Graf Hegenberg dasselbe mit Wärme vertheidigten; allein empfindlich ist dieser Verlust für das Ministerium allerdings nicht, wenn man ihn wenigstens nach dem Gewinne mißt, den es

bisher von officiösen „Preferzeugnissen“ gehabt hat. Brach schon bei dieser Gelegenheit einige Reizbarkeit hervor, so kam es zu einer vollen Scandalscene als Pfarrer Mahr, der jetzt das eigentliche enfant terrible seiner Partei ist, eine aggressive Bemerkung über eine jüngst erfolgte überraschende Beförderung sich herausnahm und dann mit Bezug auf die Abstimmung in der Bischofsbeschwerde meinte, es würden damals wohl auch „ministerielle Silberlinge“ in Scene gesetzt worden sein. (Der Betreffende, ein Mitglied der Rechten, hatte damals für die Regierung gestimmt. Die Entrüstung über diese Insulte war eine beispiellose und wurde selbst von den Mitgliedern der eigenen Partei getheilt; eine Ordnungsruf (der einzige während der Session) erfolgte. Da durch die Aufhebung des Handelsministeriums ein großer Theil von dessen Competenz an das Portefeuille des Innern übergegangen war, so erschien der Umfang des Bedarfs, wie jener der Verathungen diesmal beträchtlich größer, als sonst, und die Wirksamkeit der neuen Geschäftsordnung, die ebenfalls während dieser Session zu Stand gekommen war und die immerhin bedeutende Kürzungen ermöglicht, ward dankbar empfunden.

Denn unter den vielen Fragen, die die Deputirten beschäftigten, begann allmählig die Zeitfrage eine der brennendsten zu werden. Der Landtag war über seine normale Dauer schon unendlich weit hinausgegangen und hatte eine abermalige Verlängerung bis zum 13. April durch königliches Decret erhalten; am 8. sollte geschehenermaßen der Reichstag eröffnet werden. So lag denn der Fall für die bayerische Regierung, wie für die Deputirten, welche Mitglieder beider Parlamente sind, ziemlich betrüblich. Schon bei guter Zeit hatte Herz das Ministerium interpellirt, wie es diese Collision zu beseitigen gedenke, allein Bismarck konnte wegen des Präjudices in die nachgesuchte Verzögerung des Reichstags nicht willigen und für Bayern war es zur Lebensfrage geworden, daß der Landtag seine Geschäfte zu Ende führe und endlich einmal ein correctes Budget zu Stande komme. Der Entschluß mußte schnell gefaßt werden und man mußte dabei mehr auf die Sache als auf die Form sehen. Der Form freilich lief es peinlich zuwider, daß etwa 24 Deputirte, die im bayerischen Landtage sitzen, dem Reichstag ferne blieben, aber der Sache, der nationalen Sache ward sicher damit mehr genügt, daß man in München blieb. Denn hier war die Position am meisten gefährdet, zwei Dritttheile jener Doppel-Deputirten gehörten zur Fortschrittspartei und durch ihren Abgang würden die Klerikalen in München die entschiedene Majorität erlangt haben.

Wenn es auch übertrieben ist, was manche Blätter damals meldeten, daß diese Majorität zur Budgetverweigerung benützt worden wäre, so stand doch soviel fest, daß noch höchst wichtige Theile des Budgets zur Verathung ausstanden und daß man dieselben unmöglich der Willkür der „Patrioten“

anvertrauen durfte. So war es denn wirklich ein Opfer für die deutsche Sache, wenn die Deputirten der Fortschrittspartei sich entschlossen, in München auszuhalten bis zum letzten Tage. Aber dieser letzte Tag ward abermals hinausgeschoben, indem man vom 13. bis zum 24. verlängerte und leider hat es den Anschein, daß selbst dieser Termin noch nicht genügt. Denn das Material ist massenhaft und die Arbeitskräfte sind ihm nicht alle gleichmäßig gewachsen.

Der letzte Etat, der im Plenum berathen wurde, ist der des auswärtigen Amtes und diesen allein wollen wir hier noch ausführlicher behandeln, weil er in der That ein äußerst interessantes und charakteristisches Moment in sich schloß. Denn unter die picantesten Debatten, wenn man das frivole Wort auf den politischen Ernst anwenden will, gehörte unbestritten die Verhandlung über den ferneren Fortbestand der bayrischen Gesandtschaften. Sie war picant in doppeltem Sinne, weil der Standpunct, den die Merikalen dabei vertraten, allen Traditionen ihrer Partei widersprach und dann, weil die Debatte selbst fast alle oratorischen Kräfte und alle persönlichen Gegensätze entfesselte, die die zweite Kammer besitzt.

Der Hergang ist folgender. Als das benannte Budget berathen wurde, brachte der ultramontane Abgeordnete Freytag einen Antrag ein, der die sämtlichen bayrischen Gesandtschaften (außer in Wien) für die nächste Finanzperiode zu streichen vorschlug. An und für sich hat nun allerdings Niemand Grund, die bayrische Diplomatie für einen besonders wichtigen Factor der Weltgeschichte zu halten, ja manche Menschen waren schon vorher so frei, die Aufhebung dieses Institutes anzustreben. Allein diese Ansicht bestand doch nur im nationalen Lager, die Particularisten waren ihre erbitterten Gegner. Der Conflict zwischen diesen beiden Meinungen trat bei mehreren Gelegenheiten schneidend zu Tage; wir erinnern nur an die Debatten über die Versailler Verträge. Damals bildete es einen Cardinalpunct der sogenannten Reservatrechte, daß Bayern eine gesonderte diplomatische Vertretung behalte, die bayrischen Commissäre im Hauptquartier und die bayrischen Patrioten in der Kammer vertraten mit gleicher Energie dieß Postulat. Wer anders sagte, galt schließlich fast für einen Landesverrätther, denn man glaubte die Mediation des Staates darin zu erblicken, wenn ihm die äußere Repräsentation genommen würde.

So dachten die Merikalen damals und noch lauter gaben sie diesem Gedanken Ausdruck, als vor nicht langer Zeit der König selbst die Initiative ergriff, um vier von den bestehenden Gesandtschaftsposten einzuziehen. Das rohe Klagelied, das damals die ultramontanen Blätter über die verlorne „Selbständigkeit“ erhoben, ist noch zu kurz verklungen und war zu kräftig angestimmt, als daß wir es nicht noch im Gedächtniß hätten und nun stellen

die Klerikalen selbst den Antrag auf jene Aufhebung, die ihnen eben noch so verderblich schien.

Da der Ausschuß dem Antrag Freytags beistimmte, so wurde der Gegenstand zur Verhandlung vor das Plenum gebracht, wo auf die Gründe dieses seltsamen Verfahrens ein bedeutungsvolles Licht fiel. Sie waren zum Theil finanzieller, zum Theil politischer Natur, das heißt, die ersteren gaben den Vorwand ab, die letzteren herrschten in Wahrheit. Denn es ist geradezu lächerlich, wenn eine Partei die Sonderstellung ihres Staates als Ideal verfolgt und dann gleichwohl um einer relativ geringen Summe willen das wichtigste dieser Sonderrechte aufgibt, nur um „Ersparungen“ zu erzielen. Um solche Mystificationen zu glauben ist auch der Thörichtste zu klug; der Kern der ganzen Opposition ist der, daß die Gesandtschaften das nicht leisten, was sie nach ultramontanen Begriffen leisten sollten. Wozu nutzen die Sonderrechte, wenn sie nicht dazu dienen wollen, die Sonderbestrebungen zu fördern — das scheint der Gedankengang zu sein, der diesem klerikalen Manöver zu Grunde liegt. Die Pietät für die „bayerische Selbstständigkeit“, welche man im jenseitigen Lager so geläufig im Munde führt, reicht nur so weit, als dieser Begriff sich mit den römischen Interessen deckt. Die Redner der Fortschrittspartei, die sich an der Debatte beteiligten, trugen auch kein Bedenken, dieser Ansicht Ausdruck zu leihen und selbst am Ministertische fand dieselbe ihre Vertretung. Der Verlauf der Debatte selbst war ungemein interessant, denn von beiden Seiten traten die bedeutendsten oder doch die prononcirtesten Kräfte ins Treffen. Mit stürmischer Offenheit warf Bölk den Fehbehandschuh hin, sein Angriff war zunächst gegen Jörg gerichtet, mit dem er so oft seine Kraft gemessen. Jörg hat keine glückliche Hand. So fein seine Pläne auch angelegt sind, so leicht misslingen sie in der Durchführung, die Schlagkraft, die in demselben liegt, explodirt ihm unter den Händen, so daß die Maschen des Gewebes zerrissen und der Gegenstand, den er zum Ziele führen will, aufs ärgste beschädigt wird. Während alle übrigen klerikalen Redner die politischen Motive von denen sie geleitet wurden, sorgsam maskirten, gewannen dieselben im Munde Jörg's einen unfreiwilligen und unverhofften Ausdruck; er versteht es, das Odium, welches die klerikalen Pläne erregen, gewissermaßen wachzurufen und zu präcisiren.

Weiter noch als der Antrag Freytag's ging ein von dem Abg. Herz eingeschobener Antrag, der sämtliche Gesandtschaftsposten (auch den in Wien bestehenden) cassirt wissen wollte, um wenigstens Consequenz in der Frage zu entwickeln. Allein da die große Mehrzahl der nationalgesinnten Deputirten die Frage überhaupt nicht unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, so war sie noch weit weniger geneigt, die „Consequenz“ aus demselben zu acceptiren, und bei der Abstimmung ergab sich, daß der Herz'sche Antrag mit großer,

der Freytag'sche mit geringer Majorität abgelehnt wurde. Die nationale Partei, in deren Wünschen es ja von Anfang an liegen mußte, die gesonderte diplomatische Vertretung Bayerns zu beschränken, erkannte richtig, daß hier der wenigst schickliche Augenblick sei, um den gesetzlich und vertragsmäßig geschaffenen Status zu ändern; wichtiger als eine politische Errungenschaft, wenn man es überhaupt so nennen will, war hier der politische Tact, und die durch denselben zu erreichende moralische Errungenschaft. So stimmte sie gegen die particularistische Monstrosität, die ein Reservatrecht aus „finanziellen“ Gründen beseitigen wollte.

In den allernächsten Tagen beginnt die Debatte über das Cultusbudget, das bekanntlich vom Ausschusse mit großer Liberalität behandelt wurde, indem die sämmtlichen Forderungen der Regierung, ja sogar noch mehr als diese gefordert hatte, bewilligt wurde. Freilich bleibt es noch die Frage, wie weit die Versammlung selbst sich diesen Beschlüssen anschließt, aber das Präjudiz ist jedenfalls im höchsten Grade glücklich und aner kennenswerth. Ein Urtheil über diesen Etat zu fällen, geziemt sich indessen nicht, ehe derselbe definitiv festgestellt ist; das Gleiche gilt für die Spezialisirung des Militärbudgets, dessen Rahmen zwar durch das Reichsrecht bestimmt ist, während die Ausfüllung desselben der Landesvertretung obliegt. Unter den Anträgen, welche die Kammer beschäftigen, ist einer der interessantesten der, wiesern den Staatsbeamten die Bethheilung an industriellen Privatunternehmungen gestattet werden solle. Wenn wir uns hier von einer eingehenderen Besprechung desselben fern halten, so geschieht es nicht minder deshalb, weil die Entscheidung über diese prinzipielle Frage noch keineswegs feststeht, indem die Reichsrathskammer vor wenigen Tagen die Ansicht der zweiten Kammer gänzlich modificirte. Binnen kurzer Frist werden alle diese Fragen aus dem Stadium, in dem sie sich heute befinden, erlöst werden und wir behalten uns das Wort über dieselben für die Betrachtung vor, zu der der ersohnte Schluß des Landtags Anlaß giebt. E.

## Vom deutschen Reichstag.

Berlin, den 19. April 1872.

Die vergangene Reichstagswoche hat eine Anzahl erster Lesungen gebracht, in denen lediglich über die weitere formelle Behandlung der Vorlagen entschieden wurde.

Als am 15. April die Consularconvention mit den Vereinigten Staaten